

Genossenschaften fördern

WOHNUNGSPOLITIK Experten diskutieren über hohe Mieten, Erbbaurecht und das „Münchener Modell“



In Kranichstein diskutieren (von links) Tim Huß (SPD), Hildegard Förster-Heldmann (Grüne), Robert Ahrndt (Bau- und Wohngenossenschaft) und Heike Skok (Mitbauzentrale München) zum Thema „Die Mieten steigen – Wie gut ist die Darmstädter Wohnungspolitik?“
Foto: Andreas Kelm

Von Marc Wickel

DARMSTADT. Wohnungspolitik und Genossenschaften war am Samstag das Thema im Multifunktionsraum des genossenschaftlichen Kranichsteiner Wohnprojekts Wohnsinn im Baugebiet K 6. Hellgrüne Wände, meterhohe grüne Pflanzen, ein Moderator, der Mitglied der Grünen ist, Hildegard Förster-Heldmann (Darmstädter Grünen-Fraktionsvorsitzende und Landtagsabgeordnete) und als roter Farbtupfer der SPD-Stadtverordnete Tim Huß waren das Setting. „Unser Wunsch war es, in die Tiefe zu gehen“, erläuterte Moderator Robert Ahrndt und Wohnsinn-Aufsichtsratsmitglied, warum man diese kleine Runde zusammengestellt habe. Für die Tiefe sorgte Expertin Heike Skok von der Mitbauzentrale München, Expertin

für Wohnungsbaugenossenschaften. Sie berichtete, wie München versucht, mit der „Münchener Mischung“ den Wohnungsmarkt im Griff zu behalten. Unter anderem müssen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihren Gewinn nicht mehr an die Stadt ausschütten, sagte Heike Skok. Woraufhin Robert Ahrndt fragte, wie das beim Bauverein sei? Niemand werde darauf hinarbeiten, den Bauverein handlungsunfähig zu machen, sagte die Landtagsabgeordnete. Heike Skok nannte das Erbbaurecht als ein weiteres Münchener Instrument. Flächen würden seit zwei Jahren nur noch im Erbbaurecht an private Wohnungsbauunternehmen vergeben. „Das steigen die Unternehmen aber nicht so gerne darauf ein“, schilderte Heike Skok.

MÜNCHNER MISCHUNG

- ▶ Auf den städtischen Flächen sind 50 Prozent geförderter Wohnungsbau vorgesehen. Damit will die Stadt verschiedene Einkommensgruppen in einem Wohngebiet breit streuen.
- ▶ Auch im frei finanzierten Wohnungsbau sind Wohnungen für

untere und mittlere Einkommen einzuplanen.

- ▶ Zudem wird ein Anteil an Grundstücken für Eigentumswohnungen zu festen Preisen an Familien mit mittleren Einkommen und nicht nach Marktpreisen verkauft. (mawi)

Erbbaurecht, „anstelle die Flächen zu verschern“, würde er bevorzugen, sagte Tim Huß. „Wir haben immer weniger Möglichkeiten den Markt zu regeln, wenn wir die Flächen verkaufen.“ Er kritisierte, dass die Stadt unter anderem eine Fläche in der Gräfenhäuser Straße verkauft habe. Allerdings sind Erbbaurechtserträge für eine Kommune nicht so lukrativ wie Verkäufe. Kann sich Darmstadt

ein Erbbaurecht bei städtischen Flächen leisten?“, wollte Robert Ahrndt wissen. Da machte Huß dann doch einen Rückzieher: „Das muss man im Einzelfall abwägen“, sagte er. War damit aber auf einer Linie mit Hildegard Förster-Heldmann, die meinte, man müsse sich die Flächen anschauen. Zuhörer und Architekt Folkmer Rasch schlug vor, dass das Land Kommunen unterstützen solle, Grundstücke zu kaufen, die sie dann mit einem Erb-

baurecht mit Auflagen weitergeben könnten. „Die Diskussion über Erbbaurecht sollten wir intensivieren“, sagte die auch als Zuhörerin anwesende Wohnungsdezernentin Barbara Akdeniz (Grüne). Sie widersprach Tim Huß bei der Liegenschaft in der Gräfenhäuser Straße. Da sehe der Bebauungsplan 20 Prozent der Wohnungen für mittlere Einkommen und 25 Prozent für Sozialwohnungen vor. Hildegard Förster-Heldmann und Tim Huß waren sich einig, dass man Wohnungsbaugenossenschaften fördern solle. Das Land habe eine Beratungsstelle für genossenschaftliches Wohnen beschlossen, sagte Förster-Heldmann. Und es sollen auch Menschen ohne finanzielle Rücklagen künftig gefördert werden können. „Genossenschaften sind wie eine Schutzkuppel“, sagte Huß.